

# Meßstelle für Arbeits- und Umwelt-Schutz e.V.

Arbeitsschwerpunkte: Röntgenfluoreszenzanalyse, ihre Weiterentwicklung und Anwendung; Schadstoffbewertung und -Beratung; Erstellung von Umwelt- und technischen Gutachten; Wissenschafts- und Technologie-Kritik.

MAUS e.V., Richard-Wagner-Str. 22, 28 209 Bremen

## Öffentliche Mitteilung

15.03.2013

### **Wewelsfleth und die Ursachenforschung nach den erhöhten Krebsraten – Februar 2013 - Neue Regierung, alte Verhaltensweisen und Argumentationsmuster**

Stellungnahme der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS) zur Veröffentlichung der „Auswertung der Krebshäufigkeit in der Gemeinde Wewelsfleth Daten der Diagnosejahre 1998 bis 2009/2010“ und dem Schreiben „Krebserkrankungen in der Gemeinde Wewelsfleth“ mit Anhängen vom 30.01.2013 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (MSGF) von Staatssekretärin Frau Langner an Brokdorf-akut/ Dr. Hinrichsen. Diese Stellungnahme steht in keinerlei Widerspruch zum Artikel „Zahl der Krebstoten im Norden sinkt“ in der Wilsterschen Zeitung vom 04.03.2013, da es dort um Krebstote und Krebssterblichkeit für das gesamte Land Schleswig-Holstein geht. Auf die Bedeutung der Neuerkrankungen und die genaue Interpretation zu Neuerkrankungen wird nicht eingegangen.

# Meßstelle für Arbeits- und Umwelt-Schutz e.V.

Arbeitsschwerpunkte: Röntgenfluoreszenzanalyse, ihre Weiterentwicklung und Anwendung; Schadstoffbewertung und -Beratung; Erstellung von Umwelt- und technischen Gutachten; Wissenschafts- und Technologie-Kritik.

## **Wewelsfleth und die Ursachenforschung nach den erhöhten Krebsraten - Februar 2013 -**

### **Neue Regierung, alte Verhaltensweisen und alte Argumentationsmuster**

Die Verhaltensweisen der öffentlichen Behörden, spielen immer wieder nur auf Zeit. In dem deren neue implizite Forderungen nur dahin gehen, dass die Menschen sich selbst um Angelegenheiten der Krebsursachenforschung zu kümmern hätten, setzen sich auch 2013 fort. Erst wenn diese eigenen Aktionen dann Beweise liefern können, sähen die offiziellen Stellen dazu Veranlassung, selbst zu handeln und damit zu Beginn weiterführende Nachforschungen und Untersuchungen anzustellen.. In der Veröffentlichung „Wewelsfleth und die Krebsfälle“<sup>1</sup> wurde auf diese Thematik ausführlich eingegangen und von der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS) Vorschläge für realistische Vorgehensweisen und Untersuchungen ausführlich dargestellt.

In diesem Sinne sehen wir uns erneut gezwungen die alten Fakten und Untersuchungsvorschläge erneut zu veröffentlichen, bekannt zu machen und auf die neusten behördlichen (alten) Argumente einzugehen, obwohl dieser Stand der Dinge unlängst hätte in umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen münden können/müssen. Die Argumentation ist die gleiche wie in den Jahren 2009, 2010, 2011, 2012 und nun im neuen Jahr 2013 in dem nun hoffentlich einmal das Versprechen der Ursachenaufklärung für die erhöhten Krebserkrankungen in Wewelsfleth eingelöst wird, wie es nun auch die neue Rot-Grüne-Wählerbund-Koalition versprochen hat. Die Anfänge waren recht vielversprechend, die Bürgerinitiative Borkdorf-akut wurde in die Gespräche integriert und deren Vorschläge für Untersuchungen aufgenommen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) wurde ebenfalls in einem Hilfesreiben konsultiert. Für die aktuellen weiteren Gespräche wurden die Bürgerinitiativen nicht mehr eingeladen und der Dialog mit den Bürgern wieder auf die schriftliche Ebene reduziert.

Zu den neueren Äußerungen und Aktivitäten von Frau Langner (zuständige Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (MSGF))<sup>2</sup>:

Frau Langner gibt in Ihrem Schreiben am 30.01.2013 eine Behauptung wieder, dass die Observed/Expected-Werte nicht routinemäßig sondern „anlaßbezogen“ getestet werden. Das ist als Mitteilung an eine betroffene Gemeinde nicht zumutbar, da ein Anlaß schon seit Jahren

<sup>1</sup> Wewelsfleth und die Krebsfälle ; wie Regierung, Behörden und Atomkonzerne Anliegen der Bevölkerung ignorieren, untätig sind und Probleme aussitzen; 14.03.2013;

<http://www.maus-bremen.de/>

<sup>2</sup> Schreiben „Krebserkrankungen in der Gemeinde Wewelsfleth“ vom 30.01.2013 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig Holstein (MSGF) von Staatssekretärin Frau Lagner an Brokdorf-akut/ Dr. Hinrichsen mit Anlagen (Schreiben „Krebserkrankungen in der Gemeinde Wewelsfleth“ vom 29.01.2013 des MSGF von Frau Lagner an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Staatssekretär Herr Becker; Graphiken „Zeitliche Entwicklung der Krebs gesamt (C00-C96, D09, D41 ohne C44) in Wewelsfleth Europastandardisierte Inzidenzrate mit Konfidenzintervall Männer“ und „Zeitliche Entwicklung der Krebs gesamt (C00-C96, D09, D41 ohne C44) in Wewelsfleth Europastandardisierte Inzidenzrate mit Konfidenzintervall Frauen“; Tabelle „Krebs gesamt (C00-C96, D09, D41 ohne C44) Europastandardisierte Inzidenzrate pro 100.000“)

# Meßstelle für Arbeits- und Umwelt-Schutz e.V.

Arbeitsschwerpunkte: Röntgenfluoreszenzanalyse, ihre Weiterentwicklung und Anwendung; Schadstoffbewertung und -Beratung; Erstellung von Umwelt- und technischen Gutachten; Wissenschafts- und Technologie-Kritik.

besteht, wie die beigefügten Kurven im Vergleich zu den Schleswig-Holstein Krebsgesamtraten zeigen. Bemerkenswert dabei ist, dass die neue zeitliche Entwicklung für Krebs gesamt jeweils bei Männern und Frauen seit 2011 wieder über dem Landesdurchschnitt liegt, aber immer noch von abnehmenden Krebsraten unter dem Landesdurchschnitt gesprochen wird.

Der Sonderauswertung März 2012 „Auswertung der Krebshäufigkeit in der Gemeinde Wewelsfleth“<sup>3</sup> ist klar zu entnehmen, dass sich die Daten hauptsächlich auf den Zeitraum 1998-2009 beziehen und ab dem Jahr 2009 weitere Verlaufsdaten vorlagen. Und scheinbar war in der Sonderauswertung März 2012 die Datenerfassung auch für 2009 noch nicht abgeschlossen, da gewissen Diskrepanzen/Unterschiede zwischen den neuen Tabellenwerten und den Grafiken vorhanden sind. Die Datenerfassung für 2010 (und 2009) war demnach im März 2012 noch nicht abgeschlossen. Für die neuen Grafiken der zeitliche Entwicklung der Krebsinzidenzraten in Wewelsfleth 1998-2011<sup>4</sup> werden wahrscheinlich auch noch nicht alle Daten vorliegen und die Datenerfassung auch noch nicht abgeschlossen sein.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung das Landes Schleswig-Holstein (MSGF) erfüllt seine Aufgaben nicht, wenn es einerseits ein Institut für Krebs Epidemiologie finanziert und dann diese Mindestleistungen wie die Ermittlung der Observed/Expected (O/E)- Werte nicht anordnen will oder diese nicht gleich routinemäßig erstellen läßt. Da der Anlaß der erhöhten Krebsraten in Wewelsfleth (nun auch wieder) gegeben ist, wären weitere Auswertungen sehr wichtig, um welche Krebsarten es sich handelt und wie deren zeitliche Entwicklung ist.

Da die Programme bereits existieren, ist der Aufwand für entsprechende Auswertungen gering und trotz angeblich/vorläufiger absinkender Fallzahlen für 2010 und wieder steigende Fallzahlen für 2011 dennoch erforderlich. Jetzt muß sich erweisen, ob die hohen Krebsraten mit Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennung zusammenhängen, so dass sie sozusagen „vorgezogene Krebskranke“ waren, die anschließend nicht mehr als Neuerkrankungen auftreten. Solche Effekte gibt es, doch muß das mit Einzelfallanalysen ermittelt werden.

Nach wie vor bleibt der Auftrag an die Epidemiologen\*innen bestehen, trotz geringer Zahlen die bereits mehrmals erhobenen Forderungen abzuklären. Es wirkt wie eine Ausrede, wenn immer behauptet wird, die Zahlen wären zu gering. Hier geht es nicht um statistische Signifikanz sondern um transparente Aufklärung, weshalb mehr Krebsfälle (O) als erwarteten (E) aufgetreten sind und vor allem, mit welchem Bezug zu der verdächtigsten Emissionsquelle. Und wodurch diese Schwankungen, wie Ansteigen und Absinken der Krebsfälle zustande kommen.

Am 29.01.2013 war ein Hilferuf<sup>5</sup> an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit mehreren Anlagen abgefaßt worden.

<sup>3</sup> Auswertung der Krebshäufigkeit in der Gemeinde Wewelsfleth; Daten für die Diagnosejahre 1998 bis 2009/2010; Krebsregister Schleswig-Holstein, Institut für Krebs Epidemiologie e.V. an der Universität zu Lübeck, März 2012

<sup>4</sup> Graphiken „Zeitliche Entwicklung der Krebs gesamt (C00-C96, D09, D41 ohne C44) in Wewelsfleth Europastandardisierte Inzidenzrate mit Konfidenzintervall Männer“ und „Zeitliche Entwicklung der Krebs gesamt (C00-C96, D09, D41 ohne C44) in Wewelsfleth Europastandardisierte Inzidenzrate mit Konfidenzintervall Frauen“; Tabelle „Krebs gesamt (C00-C96, D09, D41 ohne C44) Europastandardisierte Inzidenzrate pro 100.000“ (Anlagen aus dem Schreiben Schreiben „Krebserkrankungen in der Gemeinde Wewelsfleth“ vom 30.01.2013 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung das Landes Schleswig Holstein (MSGF) von Staatssekretärin Frau Lagner an Brokdorf-akut/ Dr. Hinrichsen)

<sup>5</sup> Schreiben „Krebserkrankungen in der Gemeinde Wewelsfleth“ vom 29.01.2013 des MSGF von Frau Lagner an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Staatssekretär Herr Becker

# Meßstelle für Arbeits- und Umwelt-Schutz e.V.

Arbeitsschwerpunkte: Röntgenfluoreszenzanalyse, ihre Weiterentwicklung und Anwendung; Schadstoffbewertung und -Beratung; Erstellung von Umwelt- und technischen Gutachten; Wissenschafts- und Technologie-Kritik.

Die auf Seite 2 ausgedrückte Verständnisfloskel usw. „Das MSGFG hat Verständnis für die Besorgnis in der Bevölkerung, sieht jedoch aufgrund fehlender Hypothesen keinen Ansatzpunkt für eine weiterführende epidemiologische Studie; hinzu kommen methodische Schwierigkeiten aufgrund der geringen Einwohnerzahl. ...“ wirkt zynisch, da eine Hypothese nun wirklich vorliegt. Und eine andere Hypothese, „die Werft“, sich durch genommenen Bodenproben als nicht haltbar erwiesen hat. Dort soll dennoch eine weitere Beprobung stattfinden zur Absicherung der Datenlage, die sehr vernünftig und sinnvoll ist. Trotzdem stellt sich immer noch die Frage warum das Atomkraftwerk Brokdorf nicht auch als Hypothese angenommen wird und Untersuchungen in dieser Richtung auch so forciert vorgenommen werden wie bei der „Werft“-Hypothese. Eine kombinierte Wirkung sowohl von Strahleneffekten und karzinogenen Belastungen gehört ebenfalls zu den Hypothesen, die zytogenetisch zu erfassen sind.

Hier wurde das BMU wissentlich falsch informiert, dass es keinen Ansatzpunkt für weiterführende epidemiologische Studien gäbe. Diese Argumente sind nur geeignet, Untätigkeit zu begründen. Auffallend ist, dass bisher keine Gespräche über Forschungsansätze und Konzepte gesucht wurden, um untätig bleiben zu müssen/wollen/können, wobei zugleich auch nicht der Hypothese Atomkraftwerk(semissionen) nachgegangen wird/worden ist. Diese Forderung ist weder Polemik noch Verbreitung von Ängsten und Panik, sondern diese Versäumnisse müssen nach wie vor deutlich angesprochen werden, da längst eine solche Diskussion über alle dafür und dagegen sprechenden Fakten hätte erfolgen müssen.

Es ist unerträglich, dass letztendlich Selbsthilfegruppen die Arbeit durchführen sollen, für die eine Institution wie das Krebsregister vom Bundesland finanziert wird, die den Auftrag dazu hat.

Da die Unterstützung vom BMU erbeten wird, ist eine enorme Unsicherheit erkennbar. Deshalb ist zu fragen, warum die Beteiligung der Bürgerinitiativen und deren Sachverständige an Gesprächen nicht wieder zugelassen und gesucht werden (z.B. verstrichener Termin 05.02.2013 zu einem Gespräch im Gesundheitsministerium).

Die interessengeleiteten Leistungen der genannten Institutionen sind bekannt, daher ist die Regierung in Kiel ja auf ihr Krebsregister und Institut in Lübeck angewiesen. So ist nicht zu tolerieren, dass die Mitarbeiter dort sich jetzt auf die Bundesbehörden verlassen bzw. an diese verweisen. Wie sollen BMU oder Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Ermittlungen durchführen, die hier schon seit zwei Jahren angeregt wurden, wenn die minimalsten Erhebungen in der betroffenen Gemeinde noch nicht erfolgt sind?

Der letzte, die erbetene Stellungnahme betreffende, Absatz des Schreibens an das BMU ist merkwürdig, da zuvor von Experten, die dafür vom Land eingestellt worden sind, alle bisher angeregten Vorgehensweisen als nicht durchführbar hingestellt wurden. Ist jetzt tatsächlich der engagierte Bürger der Forscher? Das angebliche Hilfeersuchen ist nur so zu verstehen, dass eine Antwort erwartet wird, die die bisherige Art des Umgangs mit dem Problem auch noch zusätzlich bestätigt.

Zurück zu dem Schreiben des MSGFG vom 30.01.2013:

Es klingt alles ganz nach Erleichterung, dass die Krebserfassung sich jetzt als so „positiv“ im Sinne des Rückgangs der erhöhten Krebsmeldungen in Richtung „Normalität“ ergeben könnten, zumindest für das Jahr 2010, was dann so dargestellt wird, als handelte es sich um einen generellen dauerhaften Rückgang.

# Meßstelle für Arbeits- und Umwelt-Schutz e.V.

Arbeitsschwerpunkte: Röntgenfluoreszenzanalyse, ihre Weiterentwicklung und Anwendung; Schadstoffbewertung und -Beratung; Erstellung von Umwelt- und technischen Gutachten; Wissenschafts- und Technologie-Kritik.

Die Grafiken<sup>4</sup> zeigen aber, dass sich besonders für Frauen durchaus eine Wellenbewegung ergeben hat, die insgesamt nicht im Landesdurchschnitt liegt, für Männer noch deutlicher. Es ist eine Einzelfallanalyse dringlich und wäre der nächste logische Untersuchungsschritt.

Die Tabelle<sup>4</sup> zeigt die Registerdaten, dargestellt in dem Wewelsfleth-Fälle auf eine Rate pro 100000 hochgerechnet werden. Sollen die Gemeindemitglieder jetzt die Inzidenzraten selbst vergleichen mit Hilfe dieses Tabellenwerks? Die Krebsgesamtraten nützen wenig, wenn es einige auffällige Krebsdiagnosen sind, die sich schon in der Vergangenheit abgezeichnet haben.

Die Bodenprobenanalytik der „Werft-Hypothese“ als standort-typisch zu bezeichnen, ist einigermaßen befremdend. Sind deshalb Probenmeßwerte akzeptabel und unbedenklich, weil sie typisch sein sollen? Diese Art des Umgangs mit den tragischen Ereignissen mit dem Tenor, als wären sie Zufall gewesen, sollte nicht hingegenommen werden, bis wirklich jeder Zweifel ausgeschlossen werden kann.

Die folgenden Forderungen (siehe hierzu die Veröffentlichung der MAUS „Wewelsfleth und die Krebsfälle“<sup>1</sup>) sollten dringend umgesetzt werden, um die Hypothese des Einflusses des AKW-Brokdorf zu widerlegen oder zu bestätigen:

- Eine umfassende Dokumentation und Analyse aller Messwerte (auch in Form der Rohdaten) der gesamten Umweltbelastung durch ionisierenden Strahlung und andere schädigende Einflüsse, um zu klären wie, wo, wann und was überhaupt gemessen wurde.
- Untersuchung und eine (weitere) Beobachtung (Monitoring) der zytogenetischen Schäden (Chromosomen Aberration) in der Bevölkerung einschließlich der Kinder.
- Die Untersuchung der Entwicklung der Geschlechterverhältnisse bei Neugeborenen mindestens seit 1970. (Die Veränderung des Geschlechterverhältnisses ist ein Frühindikator für die Belastung durch Niedrigdosis-Strahlung)
- Untersuchung und Beobachtung (Monitoring) von Normabweichungen, von genetischen und körperlichen Schäden bei Embryonen, Neugeborenen, Kindern und Erwachsenen (mindestens seit 1970).
- Untersuchungen auf Synergieeffekte (elektromagnetische Strahlung, Mülldeponie, Werft, toxische Gifte, Arbeitsplatz, Landwirtschaft, ...).
- Untersuchungen von medizinischer und beruflicher Strahlenbelastungen.
- Mitteilung und Auswertung der Daten vom Kinderkrebsregister Mainz für Kinder in Wewelsfleth und den anderen Orten um das Atomkraftwerk Brokdorf seit 1980.
- Eine umfassende Analyse und Auswertung der Daten der aufgetretenen Krebsarten in den Gemeinden um das AKW-Brokdorf.

Die Vorteile der geforderten Beobachtung und Erfassung kurzfristig auftretender und spezifischer

# Meßstelle für Arbeits- und Umwelt-Schutz e.V.

Arbeitsschwerpunkte: Röntgenfluoreszenzanalyse, ihre Weiterentwicklung und Anwendung; Schadstoffbewertung und -Beratung; Erstellung von Umwelt- und technischen Gutachten; Wissenschafts- und Technologie-Kritik.

Folgen niedrig dosierter Strahlung mittels des zytogenetischen Monitorings und der Untersuchung der Veränderung des Geschlechterverhältnisses sind evident. Die Methoden dienen der frühzeitigen Erkennung eines direkten Zusammenhangs, während die abwartende Krebsregistrierung allein wegen der beschriebenen methodischen Probleme verbunden mit einer Latenzzeit von vielen Jahren bis zum Auftreten gehäufte Krebserkrankungen nicht ausreicht.

Hier geht es um Menschen, um ihr Leben und um ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit. Daher besteht die Verpflichtung zur aktuellen Gesundheitsprävention, unabhängig von einer langfristigen wissenschaftlichen Sicherung des ursächlichen Beweises.

Das bedeutet aktuell: Das Ziel des Gesundheitsschutzes durch das öffentliche Gesundheitswesen muss nach existierendem Verdacht im Vordergrund stehen und untätiges Verharren, das bis zu einem irgendwann vielleicht erfolgreichem Nachweis kausaler Hypothesen, eine weitere Schädigung von Menschen in Kauf nimmt, muß als obsolet gekennzeichnet werden.